



BUNDES
ARCHITEKTEN
KAMMER



BAG Wohnungslosenhilfe e.V.



Bündnis
Klimastadt
Berlin 2030



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Deutsche Umwelthilfe



VEREINIGUNG
FÜR STADT-,
REGIONAL- UND
LANDESPLANUNG



Stimmen Sie gegen § 246e BauGB: Für eine sozial- und umweltverträgliche Bau- und Wohnungspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,

in Anbetracht der aktuell im parlamentarischen Verfahren kursierenden Gesetzentwürfe zur Verabschiedung des § 246e Baugesetzbuch (BauGB) als Artikelgesetz appellieren wir als breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen an Sie, die vorgeschlagene Gesetzesinitiative der Union nicht zu unterstützen. Gemeinsam teilen wir die Sorge, dass die Einführung eines § 246e gravierende Folgen für Umwelt, Klima, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung hätte. Durch das isolierte Verfahren entfallen zudem die positiven Elemente der final ausgearbeiteten BauGB-Novelle, was § 246e noch folgenschwerer machen würde.

Der sog. „Bau-Turbo“ liefert keinen Beitrag zur Ursachenbekämpfung der Bauflaute: Fachkräftemangel, Spekulation und gestiegene Baukosten. § 246e BauGB ließe die Umsetzung verpflichtender Flächenverbrauchs- und Klimaziele in weite Ferne rücken und schneidet tief in die kommunale Selbstverwaltung ein. Zentrale Fragen der sozialen Gerechtigkeit, wie die Schaffung von bezahlbaren Mietwohnungen und Sozialwohnungen, blieben unbeantwortet. Besonders problematisch ist, dass im Entwurf der Union qualitative Hürden entfallen: das betrifft die Begrenzung des Anwendungsbereichs auf angespannte Wohnungsmärkte ebenso wie den Bau von mind. sechs Wohneinheiten, was hochpreisige und flächenintensive Wohnformen fördern würde. Dies würde die Zersiedelung vorantreiben und zur weiteren Verschärfung der bestehenden Herausforderungen führen.

Wir bitten Sie eindringlich, keine Gesetzesvorlage zu unterstützen, die den § 246e BauGB einführt. Vielmehr fordern wir Ihren Einsatz für eine ganzheitliche, evidenzbasierte Bau- und Wohnungspolitik, die Umwelt- und Sozialziele konsequent integriert und den demokratischen Gestaltungsraum der Kommunen wahrt. Ihre Stimmabgabe wird maßgeblich darüber entscheiden, wie die Zukunft einer sozial gerechten und nachhaltigen Bau- und Wohnungspolitik in Deutschland gestaltet wird.